

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 9. NOVEMBER 2017



BÜRGERSCHAFT BESCHLIESST VERBESSERUNGEN BEI DER PFLEGE

Die Bürgerschaft hat heute eine Neufassung des Wohn- und Betreuungsgesetzes beschlossen. Zudem beschloss sie, dass in zwei Jahren der Personalschlüssel im Nachtdienst so verändert wird, dass eine Pflegerin oder ein Pfleger für weniger Bewohner zuständig sein soll. Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle, hielt in seiner Rede fest: „Mit diesen Änderungen können wir positiv vorankommen und die Pflege für alle verbessern.“

Der Sozialdemokrat betonte heute in der Bürgerschaft, wie wichtig dieses Thema aus seiner Sicht ist – und bleiben wird. „Ich bin der festen Überzeugung, dass es eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre sein wird, die Pflege zu organisieren“, sagte er. „Wir stehen hier vor einer Mammutaufgabe. Mit den Änderungen, die wir heute beschließen, sind wir nicht am Ende der Diskussion, aber wir gehen einen großen Schritt in die richtige Richtung.“



Klaus Möhle

Möhle hob etwa hervor, dass das neue Gesetz nun

einen Anspruch auf kultursensible Pflege vorsieht. „Es gibt immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund, die Pflege benötigen. Auch ihnen müssen wir eine gute Betreuung bieten“, erklärte er.

Klar ist für Möhle aber auch, dass sich die Arbeitsbedingungen für die Pflegerinnen und Pfleger verbessern müssen. Mit dem Beschluss, dass im Nachtdienst ab 2019 der Betreuungsschlüssel von 1:50 auf 1:40 sinken soll, sei heute auch hier ein Schritt unternommen worden, so Möhle. Er betonte, dass diese Senkung von Anfang an das Ziel von SPD und Grünen gewesen sei, das nun mit dem expliziten Votum noch einmal untermauert werde.

Zentral ist für Möhle zudem eine Verbesserung bei der Heimaufsicht. „Die

Angehörigen, aber auch die Bewohner brauchen eine Instanz, die eine Beschwerde ermöglicht, ohne dass sie Angst vor Konsequenzen haben müssen“, sagte Möhle, „und ich halte es für richtig, dass wir die Heimaufsicht in dieser Hinsicht stärken.“ Richtig sei dabei auch der Weg, dass die Einrichtungen zunächst beraten würden. „Wenn Missstände dann nicht abgestellt werden, muss das Ordnungsrecht greifen und die Einrichtung geschlossen werden. Das sollte aber – auch im Sinne der Bewohner – nicht der erste Schritt sein.“

Möhle abschließend: „Unser Ziel ist klar: Die Heime müssen so gut sein, dass die Angehörigen sicher sein können, dass ihre Familienmitglieder dort gut aufgehoben sind. Heute gehen wir dafür einen Schritt in die richtige Richtung.“



ERINNERUNG AN DIE OPFER DER REICHSPOGROMNACHT

Bürgerschaftspräsident Christian Weber sowie die Vizepräsidenten Sülmez Dogan und Frank Imhoff legten im Namen der Abgeordneten einen Kranz nieder.

Foto: Bürgerschaft

Während der Reichspogromnacht am 9. November 1938 wurden Hunderte jüdische Mitbürger ermordet sowie Synagogen und jüdische Geschäfte zerstört. Auch in

Bremen wurden Geschäfte zerstört und geplündert. Die Synagoge im Schnoor wurde in Brand gesteckt und völlig zerstört. Fünf Menschen jüdischen Glaubens wurden

in Bremen und umzu ermordet. Zum Gedenken an diese schrecklichen Ereignisse legten die Abgeordneten der Bürgerschaft heute einen Kranz nieder.

FRAGE POSTZUSTELLUNG: STAATSRAT ÜBT KRITIK

Ist dem Senat bekannt, ob die Deutsche Post auch in Bremen beabsichtigt, die Briefzustellung zu verändern und die Zustellungstage zu reduzieren? Sieht er den Versorgungsauftrag durch die Deutsche Post dadurch beeinträchtigt? Und welchen Einfluss kann und wird der Senat gegen diese Pläne geltend machen? Das wollte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Antje Grotheer, heute in der Fragestunde wissen.

Wirtschaftsstaatsrat Ekkehart Siering antwortete für den Senat, dass die Deutsche Post seit Juli 2017 in ausgewählten Zustellbezirken ein sogenanntes Testverfahren anbiete, in dessen Rahmen Kunden auf freiwilliger Basis und maximal bis zum Dezember 2017 alternative Zustelloptionen erproben könnten. Davon ausgeschlossen seien Paket- und Presensendungen, Päckchen, Sendungen mit dem Service „Postzustellungsauftrag“ und Briefsendungen mit Zusatzleistungen.

Die Bundesnetzagentur sei als zuständige Regulierungsbehörde über das Projekt informiert gewesen und habe nach Prüfung keine rechtlichen Bedenken angemeldet, so Siering weiter. Auch der Senat sehe aufgrund der zeitlichen Begrenzung und auf Grundlage der freiwilligen Teilnahme, keine Beeinträchtigung des Versorgungsauftrages. Außerhalb dieses Testumfeldes werde die Deutsche Post im Bundesland Bremen, wie auch im gesamten Bundesgebiet, weiterhin sämtliche Vorgaben der



Antje Grotheer

maßgeblichen Post-Universaldienstleistungsverordnung erfüllen. Weiter erklärte Siering, dass es sich nach Angaben der Deutschen Post AG um einen ergebnisoffenen Test handle, dessen Erkenntnisse nach Abschluss ausgewertet werden. Ob an diesem freiwilligen Testverfahren auch Postkunden aus dem Bundesland Bremen teilnehmen, sei dem Senat bisher nicht bekannt.

Antje Grotheer fragte daraufhin nach, warum dem Senat dazu keine Informationen vorlägen. Siering erklärte, dass der Senat dazu eine konkrete Anfrage gestellt habe, die Antwort der Post aber unbefriedigend ausgefallen sei: Sie beantwortete die Frage nach teilnehmenden Bremer Kunden nicht. Siering machte nach einer weiteren Nachfrage von Antje Grotheer keinen Hehl daraus, dass auch der Senat mit dem Vorgehen und der Informationspolitik der Post unzufrieden sei. Bei der Bundesnetzagentur sei dies daher gerügt worden.

Siering gab auf weitere Nachfrage allerdings auch an, dass die Einflussmöglichkeiten Bremens generell begrenzt seien. Erst eine Änderung der Dienstleistungsverordnung sei im Bundesrat zustimmungspflichtig.

DNA-ANALYSE SOLL AUSGEWEITET WERDEN



Valentina Tüchel

Die Bürgerschaft hat sich heute dafür ausgesprochen, dass die DNA-Analyse als Instrument zur Aufklärung von Straftaten umfassender eingesetzt werden soll. „Der genetische Fingerabdruck hat die Ermittler nach

Gewalttaten in unzähligen Fällen auf die richtige Spur zum Täter gebracht. Mittlerweile hat sich der Stand der Wissenschaft aber so erheblich verändert, dass eine Diskrepanz zwischen der Gesetzeslage und den tatsächlichen Möglichkeiten besteht“, sagte die SPD-Abgeordnete Valentina Tüchel in ihrer Rede.

Ein zunächst von der CDU eingebrachter Antrag wurde heute in einer von SPD und Grünen entscheidend veränderten Fassung beschlossen. Bremen wird sich nun einer Bundesratsinitiative Baden-Württembergs anschließen, die die Ausweitung der Untersuchung von DNA-Material auf die Feststellung von Geschlecht, Augen-, Haar-, und Hautfarbe sowie das biologische Alter vorsieht. Auf eine Feststellung der biogeografischen Herkunft soll verzichtet werden. Tüchel: „Es ist wichtig darüber nachzudenken: Was ist technisch möglich? Was kriminalistisch sinnvoll? Aber eben auch: Was ist ethisch vertretbar und nach dem Grundgesetz erlaubt?“



FRAGEN **OLBERS-PLANETARIUM – ZUKUNFT WIRD GESICHERT**

Mit mehr als 1.300 Führungen und rund 23.000 Besuchern pro Jahr ist das Olbers-Planetarium an der Hochschule Bremen das am meisten besuchte Kleinplanetarium Deutschlands. Dabei kommt es – mit Ausnahme der Stelle des Planetariumsleiters, die aktuell von einem freigestellten Lehrer besetzt ist – ohne öffentliche Zuschüsse aus. Neben der interessierten Öffentlichkeit, sind es vor allem auch Schülerinnen und Schüler sowie Hort- und Kindergartengruppen, die es täglich in die drei bis vier Veranstaltungen in den Räumlichkeiten der Hochschule zieht. Trotz dieser positiven Zahlen kam es zuletzt zu einer Debatte um die künftige Ausgestaltung der öffentlichen Förderung des Planetariums.

„Die Bedeutung des Bremer Planetariums reicht weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Es ist ein außerschulischer Lernort, der das ganze Jahr über Menschen anzieht und interessante Einblicke in den Welt- raum bietet. Als eines der wenigen offen zugänglichen Planetarien im Nordwesten Deutschlands, muss uns an seinem Bestand und an einer Absicherung seiner Arbeit gelegen sein“, erklärte Petra Jäschke, die sich für die SPD-Bürgerschafts- fraktion nach der Zukunft des Olbers-Pla- netariums erkundigt hatte, am Rande der heutigen Landtagssitzung.

Aus der Antwort des Senats geht nun nicht nur eine große Wertschätzung für die Arbeit und das vielfältige Programm des Olbers-Planetariums, sondern auch der Wunsch nach einer dauerhaften Absi- cherung der Einrichtung und personeller Kontinuität auf dessen Leitungsstelle her- vor. Mit Blick auf die Finanzierung werde

sich die Hochschu- le Bremen durch Erteilung eines Lehrauftrages an den Leiter des Pla- netariums an den Kosten beteiligen. In diesem Zusam- menhang werde man zeitnah Ver- handlungen über den Abschluss eines Kooperationsvertrages zwischen der Senatorin für Kinder und Bildung, der Hochschule Bremen und dem Förderver- ein des Olbers-Planetariums aufnehmen, um die finanziellen Zuwendungen an den Verein auf eine rechtliche Grundlage zu stellen, heißt es in der Antwort des Senats.



Petra Jäschke

INITIATIVE **SICHERE UND SAUBERE STADT: WEG FREI FÜR ORDNUNGSDIENST**

„Zukünftig wird Bremen besser auf Beschwerden und Probleme von Bürgerinnen und Bürgern reagieren können“, erklärte der in- nenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal, heute in der Bürgerschaft. Etwa für den Bereich Jugendschutz, für die Ge- werbeüberwachung und die Kontrolle von Spielhallen sowie bei Beschwerden über Ruhestörungen und Verschmutzungen oder Vermüllung auf öffentlichen Flächen, sollen die Kontrollaufgaben zukünftig unter dem Dach eines städtischen Ordnungsdienstes zusammengefasst werden. Bisher waren diese Aufgaben bei verschiedenen Ressorts beheimatet.



Sükrü Senkal

„Ich freue mich, dass wir mit der heute beschlossenen Änderung des Bremischen Polizeigesetzes einen großen Schritt in Richtung städtischer Ordnungsdienst machen“, erklärte der Sozialdemokrat und ergänzte: „Was schon länger an- gedacht war und dann Eingang in den Koalitionsvertrag fand, steht jetzt vor der Umsetzung auf der Straße.“ Die ersten Mitarbeiter seien schon da und weitere

würden schon bald wie gewünscht Streife gehen. „Das bedeutet nicht nur eine Entlastung der Polizei etwa bei der Überwachung von Verkehrsverstößen. Sondern das Ordnungsamt wird darüber hinaus auch als zentraler Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger in Bremen fungieren. Und ich erhoffe mir, dass auch unsere Stadtrandgebiete mehr davon profitieren werden als es derzeit der Fall ist“, so Senkal.

Mit Blick auf Bremerhaven, wo bereits seit Längerem ein solcher Ordnungsdienst eingesetzt ist, erklärte Senkal: „Ich bin froh, dass dort trotz des hohen Konfliktpotentials die Erfahrungen überwie- gend positiv ausgefallen sind. Daher gehe ich auch davon aus, dass die Anwendung unmittelbaren Zwangs selten erforderlich sein wird. Die Kompetenz dazu halte ich aber für richtig. Immer- hin geben wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier auch ein Stück Sicherheit mit auf den Weg.“

„Ich wünsche unserem neuen Ordnungsdienst einen guten Start und freue mich sehr, dass nun auch Bremen – wie viele andere Kommunen in Deutschland – einen städtischen Ordnungsdienst hat“, erklärte Senkal abschließend.